

Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 17.05.2023
Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 17:34 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzender

Ratsherr Thorsten Dinkela

Beigeordnete

Beigeordnete Sandra Flake

Beigeordneter

Beigeordneter Peter Winkelmann

Mitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsherr Marco Gravili

Ratsherr Reginald Klossek

Ratsfrau Sonja Maria Lehmann

Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme

Vertreter

Ratsherr Guido Franke

Protokollführerin

Frau Susanne Meyer

Abwesend:

Mitglied

Ratsherr Stephan Schaper

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie der Tagesordnung**

Herr Dinkela eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie die Tagesordnung fest.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 29.11.2022

Das Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses am 29.11.2022 wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Bericht über die aktuelle Flüchtlingslage

Herr Laugwitz berichtet, dass zurzeit 60 Flüchtlinge aus aller Welt in der Nikulka-Halle untergebracht seien; allerdings keine Ukrainer.

Die städtische Integrationshilfe sei im Moment 1 x wöchentlich als Unterstützung des Landkreises Hildesheim tätig.

Es sei festzustellen, dass weiterhin Menschen aus der Ukraine zuzögen, wobei es sich häufig um Familienangehörige derer handelt, die bereits hier in Alfeld (Leine) untergekommen sind. Einige

Ukraineflüchtlinge gäben an, dass sie beabsichtigen, noch mehrere Jahre in Deutschland bleiben zu wollen.

4. Einwohnerfragestunde

-keine-

5. Annahme von zwei Sachspenden gemäß § 111 Abs. 7 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Vorlage: 239/XIX

Herr Laugwitz erläutert kurz die Vorlage und dankt der Firma Weisig für die großzügige Spende.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt gem. § 111 Abs. 7 NKomVG i. V. m. § 26 Abs. 2 KomHKVO die Annahme von zwei Sachspenden in Form eines Umkleidecontainers und eines Bauwagens für die Ortsfeuerwehr Dehnsen im Wert von insgesamt 31.000 Euro von der Firma Weisig Maschinenbau GmbH, Am Froberg 3, 31061 Alfeld (Leine).“

-einstimmig-

6. Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023

Vorlage: 243/XIX

Herr Dinkela schlägt zunächst vor, getrennt über die beiden Punkte abzustimmen.

Herr Franke sagt, dass hier vorab insoweit kein Beschluss gefasst werden müsse, da es sich

ohnehin um zwei verschiedene Punkte, die als 1. und 2. ausgewiesen sind, handele, und somit einzeln abzustimmen seien.

Sodann werden folgende Beschlussvorschläge gefasst:

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine)

1. „Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) stimmt der außerplanmäßigen Aufwendung im Budget 28 ERG Kirchengemeinden über 21.500,- € zu. Die Finanzierung erfolgt über eine Ansatzreduzierung im Budget 101 „Bauunterhaltung durch Firmen“

-mehrheitlich angenommen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung-

2. „Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) stimmt der außerplanmäßigen Auszahlung zur Beschaffung eines Fahrzeuges für den Baubetriebshof in Höhe von 30.000,- € zu. Die Deckung erfolgt durch im Haushalt erzielte nicht veranschlagte Einzahlungen“.

- einstimmig -

7. Jahresabschluss 2017; Entlastung des Bürgermeisters Vorlage: 244/XIX

Herr Laugwitz nimmt auf die Vorlage Bezug und teilt mit, dass der Bürgermeister am 04.11.2022 die Vollständigkeit und die Richtigkeit des Jahresabschlusses 2017 festgestellt hat. Ein Exemplar des Jahresabschlusses ist sodann dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) und der Kommunalaufsicht übermittelt worden. Das RPA hat den Jahresabschluss in der Zeit vom 06.02.2023 – 30.03.2023 geprüft. Das Ergebnis ist in dem Schlussbericht vom 21.04.2023 zusammengefasst.

Es wird festgestellt, dass nach den Planungen für das Haushaltsjahr 2017 das Jahresergebnis bei minus 1.444.633,00 Euro lag. Das tatsächliche Jahresergebnis beträgt minus 2.727.687,24 Euro. Somit ist es um 1.283.054,24 Euro schlechter ausgefallen als geplant. Dies sei insbesondere durch geringere Gewerbesteuererinnahmen entstanden.

Der Prüfungsbericht enthält keine Textziffern („Prüfungsbemerkungen“), sondern lediglich Anmerkungen, wie in der Vorlage ausgeführt, betont Herr Laugwitz.

Er weist dabei darauf hin, dass die Korrektur der Grundstücksbuchungen im Jahresabschluss 2019 erfolgen werde, wie in der Vorlage ausgeführt.

Hinsichtlich der Anmerkung 6 erläutert Herr Laugwitz die Problematik der Wertberichtigung hinsichtlich der Waldflächen in der Eröffnungsbilanz.

Herr Franke möchte wissen, wie diese Korrektur erfolgen soll. Durch eine Wertberichtigung oder durch Änderung der Eröffnungsbilanz?

Herr Laugwitz antwortet, dass voraussichtlich mit dem Jahresabschluss 2019 die Eröffnungsbilanz korrigiert und der Wald entsprechend neu bewertet werde. Der Jahresabschluss 2018 sei bereits fast fertig und würde in Kürze dem RPA zur Prüfung vorgelegt. Daher sei die Korrektur in 2019 geplant.

Herr Franke fragt, ob insoweit ein Ratsbeschluss erforderlich sei.

Herr Dinkela ist der Auffassung, dass laut Prüfungsbericht ein separater Ratsbeschluss notwendig sei.

Herr Franke möchte ferner wissen, wann mit der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2019 zu rechnen sei.

Dieser Abschluss soll noch im Jahr 2023 erfolgen, antwortet Herr Laugwitz. Die Kämmerei habe sich um Ziel gesetzt, in jedem Jahr zwei Jahresabschlüsse zu erstellen, um damit die Rückstände aufzuholen.

Herr Gravili gibt zu bedenken, dass jetzt eine Entlastung für das Jahr 2017 erfolgen soll, obwohl es sich zwischenzeitlich um einen ganz anderen Rat handelt, als im Jahr 2017.

Herr Laugwitz bestätigt, dass dies der Fall sei.

Herr Franke erkundigt sich nach aktivierungspflichtigen Eigenleistungen.

Herr Mönkemeyer teilt dazu mit, dass die Stadt derartige Eigenleistungen nicht habe, da die Investitionen fast immer über das Planungsbüro von Firmen erstellt würden, z.B. wenn ein Spielgerät auf einem Spielplatz aufgestellt wird. Es handelt sich dabei nicht um eine Eigenleistung der Stadt, da die Lieferung und Aufstellung durch eine externe Firma erfolgt.

Herr Laugwitz gibt sodann die Feststellungen des RPAs zum Jahresabschluss 2017 bekannt:

„Der Haushaltsplan wurde eingehalten.
Die Buchungen sind in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt.
Bei den Erträgen und Aufwendungen sowie den Ein- und Auszahlungen wurde nach bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren.
Das Vermögen wurde richtig nachgewiesen.
Der Jahresabschluss 2017 entspricht den gesetzlichen Vorschriften.
Er vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Alfeld (Leine).
Der Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Das RPA hat keine Bedenken, dass der Rat der Stadt Alfeld (Leine) über den Jahresabschluss 2017 beschließt und dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2017 die Entlastung erteilt.“

Beschlussempfehlung für den Verwaltungsausschuss und den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10, 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG den Jahresabschluss der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2017 und beschließt außerdem, dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2017 die Entlastung zu erteilen.“

-mehrheitlich angenommen bei einer Gegenstimme-

8. Mitteilungen der Verwaltung

Aufgrund der Anfragen der Gruppe CDU/FDP teilt Herr Laugwitz zum einen mit, dass sich der Tarifabschluss nicht gravierend auf den Haushalt 2023 auswirken würde, da bereits mit einer Erhöhung von 4% kalkuliert wurde, d.h. mit einem Ansatz von + 471.000 €. Da die zuzahlende

Inflationsausgleichssumme sich auf voraussichtlich 578.000 € beläuft, ergibt sich eine Differenz von 107.000 €. Dieser Betrag könne durch nicht entstandene Gehaltszahlungen durch unbesetzte Stellen und Langzeiterkrankte ausgeglichen werden.

Zum anderen teilt Herr Laugwitz zu der Frage der Energiekosten mit, dass über 3 Mio. € im Haushaltsplan veranschlagt wurden. Aufgrund der Preisbremse und der neuen Abschläge, die aufgrund der Verbräuche im vergangenen Jahr ermittelt wurden und bereits neu eingebucht wurden, ergeben sich voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von 1.222.324,05 €. Somit ergibt sich derzeit eine Differenz von 1.838.875,95 €. Diese Summe wird für nichts Anderes verbraucht, da nicht feststehe, wie sich die Energiekosten weiterhin entwickeln. Auf jeden Fall sei es besser, die Kosten etwas höher anzusetzen, als wenn später nachgearbeitet werden müsse. Das Ergebnis im Nachtragshaushalt würde sich für 2023 auf jeden Fall verbessern.

Ferner teilt Herr Laugwitz mit, dass der Sperrvermerk hinsichtlich des Feuerwehrhauses in Förhrste aufgrund mehrheitlichen Beschlusses im Feuer- und Ordnungsausschuss aufgehoben wurde.

Herr Klossek erkundigt sich nach der Zinsentwicklung.

Herr Laugwitz antwortet, dass sich die erwähnten Erhöhungen im Jahr 2023 noch nicht auswirken. Allerdings seien die aktuellen Liquidationskredite schon betroffen. In 2024 enden einige Zinsfestschreibungen bei Altkrediten und dann sei mit erheblichen Zinserhöhungen zu rechnen.

9. Anfragen

-keine-

Herr Dinkela schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 17:34 Uhr.

Vorsitzender

Aufgenommen

Kämmerer

(Dinkela)

(Meyer)

(Laugwitz)

gez. Thorsten Dinkela
Vorsitzender

gez. Susanne Meyer
Protokollführer